

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Josef Schmid

Abg. Johannes Becher

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Markus Saller

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 b** auf:

## **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

### **Viertes Modernisierungsgesetz Bayern (Drs. 19/8568)**

#### **- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann** (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe jetzt für die Bayerische Staatsregierung den Gesetzentwurf für ein Viertes Modernisierungsgesetz Bayern ein. Wie wir alle wissen, sind die Modernisierungsgesetze eins, zwei und drei bereits in Kraft. Jetzt folgt das vierte. Das heißt, wir machen weiter Tempo bei der Entbürokratisierung.

Wir haben seit dem Jahr 2018 über 700 Einzelmaßnahmen umgesetzt, um Verfahren zu vereinfachen, Vorschriften zu entschlacken und staatliches Handeln effizienter zu machen. Zum Vergleich: Das sind mehr als doppelt so viele Einzelmaßnahmen, wie Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zusammen umgesetzt haben.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Unsere Modernisierungsgesetze sind das Rückgrat dieser Offensive. Mit dem Vierten Modernisierungsgesetz setzen wir diese Linie fort. Wir bauen Hürden ab, geben Freiräume zurück und schaffen Vertrauen in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunen und Unternehmen. Der entscheidende Grundgedanke ist: weniger Staat, mehr Eigenverantwortung. Methodisch erreichen wir das, indem wir das gesamte bayerische Landesrecht und die Verordnungen durchforsten und bei jeder Regelung fragen: Ist die Vorschrift noch notwendig, oder kann sie weg? Im Zweifel sagen wir, dass sie weg kann. Das ist die Grundeinstellung, die dahinter steht. Auf diese Weise arbeiten wir uns weiter durch.

Erfreulich ist, dass diese Methodik mittlerweile auch die EU anwendet. Sie geht bei den Omnibusgesetzen exakt genauso vor. Um vorwärtszukommen, ist das auch notwendig. Im Vierten Modernisierungsgesetz werden zentrale Änderungen in mehreren Bereichen unseres bayerischen Landesrechts formuliert, darunter sind die Bereiche, die ich ansprechen werde, nämlich das Bayerische Landesplanungsgesetz, das Berichts- und Evaluationswesen und die technischen Vorschriften. Was heißt das konkret?

Erstens. Wir vereinfachen die Landesplanung. Mit der umfassenden Novelle des Landesplanungsgesetzes schaffen wir von Energieprojekten bis hin zum Wohnungsbau schnellere und einfachere Verfahren, die besser auf die Zukunft ausgerichtet sind.

Zweitens. Wir streichen überbordende Berichtspflichten, beispielsweise Berichte zur Gleichstellung, zur Lage der Natur oder zu den Tätigkeiten der Beauftragten der Staatsregierung, den Mittelstandsbericht und viele andere. Dies geschieht ohne Ansehen des Regelungsinhalts. Die turnusmäßigen, gesetzlich verpflichtenden Berichte werden abgeschafft. Diese Berichte sind sicherlich gut gemeint und wurden irgendwann einmal aufgrund eines bestimmten Anlasses eingeführt; aber sie binden enorme Kräftekapazitäten innerhalb der Verwaltung. Faktisch schreiben die einen Beamten die Berichte, schicken diese den anderen, welche die Berichte dann lesen und abheften. Das war es dann.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich habe in der ganzen Debatte mitbekommen, dass hier Schnappatmung entsteht. Wir spüren es gerade schon wieder: gleich Wallung, Wallung, Wallung. Dazu sage ich grundsätzlich zwei, drei Punkte:

Erstens. Natürlich werden Berichte nicht verboten. Wenn der Landtag einen Bericht anfordern will, kann er es jederzeit tun. Wenn eine Behörde von sich aus Berichte erstellen will oder man zu dem Ergebnis kommt, dass es fachlich sinnvoll ist, dann wird man auch künftig einen Bericht erstellen. Berichte werden nicht verboten. Das

ist ein wichtiger Punkt. Nicht sinnvoll sind turnusmäßige Berichte, die jährlich oder in einem anderen Turnus automatisiert abgerufen werden, ohne dass es dafür einen zwingenden Bedarf gibt. Das ist der entscheidende Punkt. Es kann sein, dass ein fünfjähriger Turnus sinnvoller ist; aber die automatisierte Berichtspflicht, die, nur weil sie einmal gestartet worden ist, sozusagen bis zum jüngsten Tag fortgeführt wird, zu hinterfragen, ist ein wichtiger Grundgedanke der Entbürokratisierung.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt ist, dass es nicht um inhaltliche Gewichtung geht. Natürlich sieht der eine oder andere Verband – das werden wir sicher bei den Wortmeldungen in der Ersten Lesung hören – schon wieder die Welt untergehen. Wenn ein Bericht fehlt, dann geht sofort die Umwelt unter oder die Gleichstellung oder dieses oder jenes. Wir wären aber schlecht beraten, wenn es an solchen Berichten hängen würde, dass wir in bestimmten Punkten inhaltlich weiterkommen. Ich will noch einmal deutlich machen, dass alle Berichte ohne Ansehen der Regelungsmaterie gestrichen werden. Darum kann man ideologisch nicht dagegen hetzen.

Der entscheidende Punkt ist – und das merkt man bei solchen Debatten sehr deutlich –, es geht nur um Berichte, nicht um irgendwelche gesetzlichen Regelungen. Der notwendige Mentalitätswechsel wird dabei absolut deutlich. Viele verspüren – das merke ich vor allem auf der linken Seite des Hauses – den Reflex: "Um Gottes willen, das können wir doch nicht abschaffen", oder "Um Gottes willen, dieser Bericht ist doch notwendig, den haben wir immer bekommen, der muss auch weiterhin erstellt werden". Also, ein gewisser bürokratiefetischistischer Reflex, der gewissermaßen in den Köpfen eingewachsen ist.

(Florian von Brunn (SPD): Nein, wir wollen bloß keine Klandestinpoltik! – Johannes Becher (GRÜNE): Was Sie alles für Reflexe sehen!)

Der entscheidende Punkt ist: Wenn man nicht in der Lage ist, seinen eigenen Bürokratieschweinehund zumindest infrage zu stellen, dann wird man bei dem Thema nie weiterkommen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Das Schlimme und Ärgerliche ist, dass Sie in dieser Debatte ständig die Entbürokratisierungsthematik so sehr mit einer inhaltlichen verknüpfen, dass wir nie zu einer Entbürokratisierung kommen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) – Johannes Becher (GRÜNE): Sie verknüpfen es doch jede Menge mit Inhalt!)

– Das werden wir sehen. Das haben wir bei den Stellungnahmen, nachdem wir es vorgestellt haben, schon gehört. Ich wette, ich werde dann nachher von da oben "Bingo!" rufen, wenn die einschlägigen Stellungnahmen von Ihrer Seite wiederkommen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Zwischenrufe von der Regierungsbank sind nicht zulässig!)

Es geht also darum, einfach einmal diesen grundsätzlichen Mentalitätswechsel hinzukriegen. Wer dazu nicht bereit ist, der sollte das einfach sagen, braucht uns dann aber nicht zu erklären, dass er für Entbürokratisierung ist. Das ist nämlich dann eine Scheindebatte.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das hat mit Entbürokratisierung gar nichts zu tun!)

Der letzte Punkt, den ich hier ansprechen will, ist mir besonders wichtig, und den halte ich für einen echten Gamechanger. An den Stellen, in denen im bayerischen Landesrecht auf den Stand der Technik verwiesen wird – das ist ungefähr an dreißig Stellen im bayerischen Landesrecht – streichen wir diese Verweisungen. Das klingt immer ganz gut zu sagen, etwas soll auf dem Stand der Technik sein. Faktisch hat das

aber einen ständigen Anpassungs- und Verschärfungsdruck zur Folge. Das führt dazu, dass bei Anschaffungen nur der Stand der Technik beschafft werden kann usw.

Ich gebe ein Beispiel: öffentlicher Personennahverkehr. Nach ÖPNV-Gesetz können derzeit nur Fahrzeuge beschafft werden, die dem Stand der Technik entsprechen, das heißt, die allerneueste Generation. Es kann aber durchaus sein – und das gilt übrigens genauso beim BayernServer oder bei der Schulsoftware oder bei solchen Dingen –, dass die Generation davor völlig ausreichend ist, ohne dass man dadurch eine inhaltliche Verschlechterung oder Ähnliches hat. Auch hier noch einmal: Es gibt kein Verbot, den Stand der Technik einzusetzen. Es wird nur der Zwang dazu gestrichen. Das ist der Unterschied. Übrigens hat das auch die Verbändeanhörung ergeben, dass das extrem gut ankommt. Jeder Bürgermeister, mit dem man darüber redet, nickt bei diesem Gespräch. Unternehmensvertreter sagen, das ist genau der richtige Weg. Es sind nämlich diese Zwänge, die man leicht ins Gesetz reinschreibt, die im Vollzug hinterher aber zu enormen Kostensteigerungen und Verfahrensverlängerungen und ständig neuen Anschaffungen usw. führen. Deshalb ist das ein echter Gamechanger, und den halte ich für ganz zentral bei unseren Entbürokratisierungsbemühungen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Der eine sagt so, und der andere sagt so!)

Das Vierte Modernisierungsgesetz enthält noch ein paar weitere Regelungsbereiche, die ich jetzt gar nicht ausführen möchte; sie werden sicherlich diskutiert werden, werden sicherlich auch in der Ausschussberatung diskutiert. Wichtig ist einfach, dass wir mit einer hohen Geschwindigkeit und mit dieser Methodik weitermarschieren. Ich glaube, das ist absolut notwendig. Am Ende geht es um die Leistungsfähigkeit des Staates, und ich kann nur alle dazu auffordern, auf diesem Weg mitzugehen. Ich kann Widerstand zum Teil nachvollziehen, weil man es halt immer schon so gemacht hat und man sagt, das ist wunderbar, das haben wir uns schön eingerichtet in den letzten dreißig, vierzig Jahren, und da noch einen Vorhang und da noch eine kleine Kerze

hingestellt usw. – Wenn wir davon nicht wegkommen, dann wird es nichts mit der Modernisierung unseres Staates,

(Florian von Brunn (SPD): Das machen Sie doch selbst!)

und es fängt an vielen solcher Stellen an. Ich bitte einfach alle hier – von der Koalition weiß ich es, aber ich bitte auch Sie hier und auf der anderen Seite –, bei diesem Ganzen mitzumachen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Damit eröffne ich die Aussprache. Auch hier sind 29 Minuten vereinbart. Als Erster hat der Kollege Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürger! Heute geht es um das Vierte Modernisierungsgesetz. Es ist ein Sammelsurium, das über fünfzig Landesgesetze und Verordnungen umfasst. Schon deswegen ist es kein großer Wurf.

Richtig ist, dass die Schuleingangsuntersuchung beschränkt wird. Richtig ist auch, dass die Berichte nach dem Transplantationsgesetz abgeschafft werden. Aber das ist nur Kosmetik; tatsächlich wäre das Kernproblem der Organspende mal anzupacken.

In Presseerklärungen haben Sie im Vorfeld angekündigt, im Baurecht die Abstandsflächen bei Balkonen zu reduzieren bzw. abzuschaffen und die Zimmereinteilung auch wegzulassen. Das haben Sie wieder fallengelassen, obwohl in der Anhörung Verbände das als positiv bewertet haben. In Ordnung sind natürlich die Vereinfachung der Delegation und die Vereinfachung der Gebäudeklasse 4 im Baurecht.

Bei der Verfahrensfreiheit für Werbeanlagen mit 1,5 m<sup>2</sup> oder bis zu 10 Metern Höhe an Flugplätzen frage ich mich, warum Sie nicht endlich einmal das Problem mit Werbeflächen im Außenbereich für temporäre Veranstaltungen oder für Gastronomie-

betriebe abschaffen. Immer wieder kommt es vor, dass das Landratsamt solche Werbeflächen wegreißen lässt oder androht, dass eine Beseitigung kostenpflichtig ist.

Das Zielabweichungsverfahren zu vereinfachen, ist in Ordnung. Aber echte Vorschläge, das Bauen zu vereinfachen, haben wir jetzt in der letzten Kreisausschusssitzung gehabt, als es um Stege an Weihern oder Seen gegangen ist. Haben Sie gewusst, dass man bei einer Erneuerung nur ein Drittel verfahrensfrei erneuern kann? Wenn man nämlich das Ganze erneuern will, wie es eigentlich richtig wäre, braucht man eine Baugenehmigung. Aber diese Baugenehmigung wird im Außenbereich niemals erteilt. Demzufolge darf es also eigentlich gar keine Stege im Außenbereich geben. Die Weiher und Seen liegen in der Regel im Außenbereich. Einfach die Genehmigungspflicht abschaffen!

Die Genehmigungsfreiheit sollte auch für die Erneuerung von Stadeln, Schuppen, Remisen im Außenbereich gelten. Auch Lagerflächen für Landwirtschaft und Gewerbe im Außenbereich sollten genehmigungsfrei sein. Da ist es sehr beliebt, dass die Kontrolleure herumfahren und diese Bauflächen anschauen. Jeder landwirtschaftliche Betrieb hat Lagerflächen im Außenbereich. Das wäre Entbürokratisierung, wie ich sie mir vorstelle und wie sie sich die AfD vorstellt.

Eine Anzeigepflicht für Aufstockungen im Innenbereich müsste man generell einführen. Ein "Bau-Booster", wie ihn die Bundesbauministerin jetzt auf den Weg bringt, wäre mal etwas; ich kann mir vorstellen, das würde richtig etwas bringen. Für die Nottreppen im Brandschutz sollten generell Ringsteigleitern erlaubt werden.

Veraltete Regelungen, unnötige Berichtspflichten und Normen zu streichen, redaktionelle Anpassungen, Klarstellungen, Pflichtaufhebungen für Evaluierungen – die Streichung der Forderung nach dem Stand der Technik haben Sie schon erklärt – vorzunehmen – ja, da sind wir bei Ihnen. Aber für uns ist das eine Selbstverständlichkeit.

Wir sind auch bei Ihnen, dass das Bewusstsein für die Entbürokratisierung bei allen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst ankommen muss. Auch bei der

Änderung der StMB Zuständigkeitsverordnung Beamtenrecht sind wir dabei. Aber jetzt kommen wir mal zum Wesentlichen. Da ist interessant, aus einem Leitartikel im "Münchner Merkur" vom Samstag zu zitieren:

"Abstrakte Stellenabbau-Ziele [...] sind gut, aber nicht konkret genug. [...] Behörden [...] streichen, bis rauf zu Bonsai-Ministerien!"

Herr Mehring ist anscheinend schon gegangen, hat das schon geahnt, dass ich ihn vielleicht meinen könnte.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Natürlich brauchen wir ein Digitalministerium, das ist eine Querschnittsaufgabe für alle.

(Beifall bei der AfD)

Aber das ist natürlich Ihrer Koalitionsarithmetik geschuldet. Man könnte da gleich einmal anfangen. Ganz oben könnte man schon anfangen.

"[...] Investitionen drastisch beschleunigen, in Modellregionen radikale Lösungen ausprobieren!"

Mit Sonderzonen für Entbürokratisierung haben wir heute auch noch ein Thema.

"Empfänge und [...] Repräsentationskosten zusammenkürzen, wieder mehr Kostenbewusstsein auch oben vorleben!"

Die ganzen Empfänge, Sportempfänge usw. im BMW-Erlebniszentrum, könnten wir uns auch sparen, könnten wir viel kleiner machen, hätte dieselbe Wirkung.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner für die CSU-Fraktion steht schon bereit. Der Kollege Josef Schmid hat das Wort.

**Josef Schmid (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit den sieben Jahren, in denen ich im Bayerischen Landtag bin, mache ich jetzt zum ersten Mal Folgendes: Ich beginne meinen Redebeitrag mit einem Zitat eines SPD-Politikers. Herr von Brunn, passen Sie also bitte auf. Helmut Schmidt, der fünfte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, hat gesagt: Bürokratie ist der natürliche Feind der Effizienz. Genau so ist es.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Lieber Staatsminister Florian Herrmann, deshalb ist es richtig, dass die Bayerische Staatsregierung jetzt mit dem Vierten Modernisierungsgesetz die Serie der Entbürokratisierung, der Beschleunigung und der Vereinfachung von Verfahren fortsetzt. Eigentlich könnte man nach diesem völlig zutreffenden Zitat von Helmut Schmidt die volle Zustimmung der SPD erwarten. Herr von Brunn, ich bin gespannt.

(Florian von Brunn (SPD): Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass das nicht passieren wird!)

Der Weg ist also richtig.

Sehr geehrter Herr Kollege Bergmüller, ich möchte die folgenden beiden Punkte herausgreifen, die natürlich der große Wurf sind. Ich weiß ja nicht, wie es den Kollegen von der AfD oder den anderen geht, aber ich kriege wirklich seit mindestens drei Jahren permanent Eingaben und Beschwerden im Hinblick auf Berichtspflichten, gerade von Unternehmern.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Heute geht es um Berichtspflichten staatlicher Stellen. Florian Herrmann hat ausgeführt, wie richtig es ist, diese Berichte abzuschaffen, weil sie nur Bürokratie bedeuten und weil die Frage, ob man schematisch jedes Jahr über irgendetwas berichten muss, überhaupt nichts mit dem Anliegen an sich zu tun hat.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Zuruf von der AfD)

Ich sage Ihnen einmal, wie das in der Wirtschaft ist. Ich habe vor Kurzem ein Bauunternehmen in Dachau besucht. Die Geschäftsführer erzählten mir, dass sie jedes Jahr den gleichen Bericht über Werkzeuge, die Gefahren auslösen können, abgeben müssen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Dann haben sie einmal versucht, auf den Bericht des letzten Jahres zu verweisen. Aber nein, der Bericht kam zurück, weil er erneut ausgefüllt werden muss. Herr Kollege Pirner, Sie sind selbst Präsident einer Handwerkskammer, wie unsinnig ist denn das?

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Es gibt einen Geschäftsführer eines Unternehmens am Viktualienmarkt in meiner Heimatstadt München, der sogar versucht hat, sich im Beschwerdeverfahren dagegen zu wehren, permanent dieselbe Unternehmensstatistik ausfüllen zu müssen.

(Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Benjamin Adjei (GRÜNE))

Das kostet einen Mittelständler, der von morgens bis abends im Geschäft steht und im Verkauf arbeitet, unglaublich viel Kraft.

(Zurufe der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD) und Gülseren Demirel (GRÜNE))

Diese Staatsregierung macht sich in ihrem Wirkungsbereich daran, diese unsinnigen Berichtspflichten abzuschaffen. Meine Damen und Herren, das ist richtig so.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Schmid, Herr Kollege von Brunn möchte eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

**Josef Schmid (CSU):** Nein, die kann er nach meiner Rede als Zwischenbemerkung einbringen.

Ich würde mir wünschen, dass wir beim Abschaffen von Berichten viel mehr Kompetenzen hätten. Sehr vieles ist leider Bundeskompetenz. Herr von Brunn, deswegen freue ich mich, wenn Sie später zustimmen und als Mitglied der SPD, die Teil der neuen Bundesregierung ist, bei den Kollegen im Bund darauf hinwirken, diese unsinnigen Berichtspflichten, die durch Bundesgesetze normiert sind, endlich abzuschaffen.

(Florian von Brunn (SPD): Es findet heute keine Abstimmung zu diesem Gesetzesentwurf statt!)

Das Gesetz ist also ein großer Wurf.

Der zweite große Wurf, den der Staatsminister und Leiter der Staatskanzlei bereits dargestellt hat, ist die Abschaffung des unbestimmten Rechtsbegriffs "Stand der Technik". Alle Juristen hier im Hohen Hause und wahrscheinlich auch alle Kollegen, die sich lang genug mit Gesetzestechnik befassen, wissen, dass unbestimmte Rechtsbegriffe schon auch etwas Gutes haben; denn damit kann man eine Vielzahl von unbestimmten Fällen regeln. Wenn es dann vernünftige Rechtsanwender in der Verwaltung oder bei den Gerichten gibt, ist das grundsätzlich etwas Richtiges in unserem Rechtssystem.

Aber wozu hat das geführt? – Ich bitte auch die Kollegen Becher von den GRÜNEN und von Brunn von der SPD aufzupassen.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Hören Sie einmal zu; denn der Aspekt ist Ihnen wahrscheinlich noch gar nicht in den Sinn gekommen. Es hat zu etwas geführt, was wir als Parlamentarier alle überhaupt nicht gutheißen können, nämlich dass verbindliche Rechtsnormen für den Rechtsverkehr durch Organisationen geschaffen werden, die teilweise ihren eigenen Profit im

Blick haben. DIN-Normen werden vom DIN geschaffen, VDI-Normen vom VDI usw. usf. Es bestehen über 4.600 solcher Normen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Diese finden dann durch Rechtsprechung Eingang in unser Rechtssystem und sind dann verbindlich, wenn zum Beispiel irgendjemand gegen seinen Architekten klagt, weil er dessen Honorar nicht zahlen will. Aber wer ist denn dazu aufgefordert, Normen zu schaffen? – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das sind wir. Wir sind die vom Volk gewählten Vertreter. Wir haben die Kompetenz, Normen zu setzen, und nicht irgendwelche Organisationen, die auch an ihren Gewinn denken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ich bedanke mich für den Beifall der CSU und der FREIEN WÄHLER, aber ich hätte ihn eigentlich von der SPD und von den GRÜNEN erwartet.

(Zurufe des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) und Johannes Becher (GRÜNE) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aus Prinzip dagegen!)

Aber offensichtlich wollen Sie die Geschäftsgenerierungsmodelle gewisser Organisationen weiter befördern.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD – Johannes Becher (GRÜNE): Das stimmt doch nicht! Das behaupten Sie! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Natürlich behaupte ich das, weil es genau so ist. Genau so ist es.

Es findet eine Normschaffung durch dazu nicht berufene Organisationen statt. Herr Becher, dazu berufen ist immer der Gesetzgeber in einem demokratischen Rechtsstaat, selbstverständlich. So weit sind wir mittlerweile. Das gehen wir jetzt an.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Verehrter Staatsminister Florian Herrmann, deswegen ist es richtig, dass die Staatsregierung im Gesetzentwurf vorschlägt, dass wir die Angabe "dem Stand der Technik und" streichen. Wir sollten das auch auf Bundesebene tun.

Um nicht mit einem SPD-Politiker, sondern mit einem Genie zu schließen, möchte ich Albert Einstein zitieren, der angeblich gesagt hat: "Bürokratie ist die Kunst, das Mögliche so lang zu verhindern, bis es unmöglich wird." Meine Damen und Herren, wir suchen endlich Wege, das Mögliche wieder möglich zu machen, Verfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen und den Menschen in unserem Land sowie der Wirtschaft zu helfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, es liegen drei Meldungen zu einer Zwischenbemerkungen vor. Als Erstem erteile ich Herrn Kollege Becher das Wort.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Herr Kollege Schmid, die Enquete-Kommission "Bürokratieabbau" hat erstens einstimmig die Empfehlung herausgegeben, dass der Gesetzgeber Gesetze gibt und nicht die DIN-Norm. Ich teile also Ihre Kritik. Insofern ist Ihre Kritik an den GRÜNEN völlig unberechtigt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ah!)

Zweitens. Sie haben die armen Unternehmen angeführt, die zahlreiche Berichte abliefern müssen. Das ist zutreffend. Die Frage lautet: Ist das Vierte Modernisierungsgesetz eine Lösung? Welcher der 74 Paragraphen dieses Gesetzes bedeutet auch nur eine Entlastung für Unternehmen, nur eine für Vereine, nur eine für Kommunen? – Es gibt keine einzige.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja! – Zuruf von der CSU: Alles falsch!)

Es gibt durch dieses Gesetz keine einzige Entlastung für Unternehmen. Das ist das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Josef Schmid (CSU):** Herr Becher, es freut mich, wenn Sie diese Kritik nicht anbringen. Dann bin ich gespannt auf die Zustimmung der GRÜNEN zum Vierten Modernisierungsgesetz. Wir sehen, ob sie kommt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Da steht noch so viel Falsches drin!)

Die Zustimmung ist jetzt eigentlich zu erwarten, weil es um den zentralen Punkt geht. Man darf nicht am Klein-Klein herumkritteln, sondern muss sich zu den großen Linien bekennen. Ich habe vorhin gesagt, dass wir in diesem Hohen Haus die Kompetenz haben. Vielleicht haben Sie nicht zugehört. Der Staatsminister hat die Berichte aufgeführt. Ich habe es mir gespart, das alles zu wiederholen. Dabei handelt es sich natürlich um Berichte, die auch Behörden abzuliefern haben.

(Tim Pargent (GRÜNE): Nicht "auch", sondern "nur"!)

Das ist schon richtig. Aber es geht doch darum, dieses überbordende Berichtswesen und diese überbordenden Pflichten, die die Leute, egal ob Beamte in Behörden oder Unternehmer, davon abhalten, ihrem eigentlichen Handlungszweck nachzukommen. Es geht darum, dass wir das endlich beseitigen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir fangen damit an, wo wir können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE):  
Kein Unternehmen wird entlastet!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Becher, Sie haben nachher das Wort. Dann können Sie das alles ausführen. – Jetzt hat Herr Kollege Bergmüller das Wort für eine Zwischenbemerkung.

**Franz Bergmüller (AfD):** Lieber Kollege Josef Schmid, ich muss dem Kollegen Johannes Becher wirklich beipflichten. Du hast selbst gesagt, du hast Beschwerden von Unternehmen gehabt. Ich höre genau dasselbe, aber ich muss Johannes beipflichten, dass für private Unternehmen keine Bürokratie abgeschafft wird. Wenn man mit den Unternehmen redet, heißt es, es wird immer noch mehr Bürokratie. Mit Blick auf die Angabe von Statistiken usw. ist keine Entlastung zu sehen.

Wir haben vor einiger Zeit den Antrag eingereicht, die Berichtspflichten und Statistikpflichten für Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern für ein Jahr auszusetzen. Würden Sie heute sagen, das wäre einen Versuch wert? – Bitte nennen Sie mir eine Maßnahme, die im Vierten Modernisierungsgesetz steht, die in den privaten Bereich hineinstrahlt.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

**Josef Schmid (CSU):** Offenbar sind sehr einfache Sachverhalte für manche dann doch sehr schwer. Deswegen erkläre ich es jetzt zum dritten Mal.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Ich habe in meiner Rede klar gesagt, dass sich die Kompetenzen des Freistaats auf Berichte beziehen, die von behördlichen Stellen und vergleichbaren abzugeben sind. Aber das ist doch der Anfang. Es geht doch um die geistige Richtung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gülseren Demirel (GRÜNE):  
Ja, ja! – Zurufe von den GRÜNEN und der AfD)

Ich habe auch den Kollegen von Brunn von der SPD aufgefordert, daran mitzuwirken, dass die Bundesregierung auch die Pflichten für Unternehmer lockert.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die letzte Zwischenbemerkung kommt jetzt vom Kollegen Florian von Brunn. Bitte.

**Florian von Brunn (SPD):** Herr Kollege Schmid, ich fand das jetzt tatsächlich ein bisschen zu weitgehend. Ich bin manchmal froh, wenn ich sehe, dass elektrische Geräte den VDI-Normen entsprechen. Ich finde, man kann diesen Instituten und Verbänden nicht generell unterstellen, dass sie das alles nur für Geld machen. Sinnvoll wäre, sich dafür einzusetzen, dass die Verbände und Institutionen, die mit Normen beschäftigt sind, in Deutschland öffentlich machen müssen, wer da mitarbeitet, damit man erkennen kann, ob es im eigenen oder im gesellschaftlichen Interesse ist. Aber so weit zu gehen wie Sie, fand ich jetzt ein bisschen übertrieben, ganz ehrlich gesagt.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte, Herr Kollege Schmid.

**Josef Schmid (CSU):** Herr von Brunn, Danke erst einmal für die sachliche Einlassung, weil man dann auch in sachlicher Weise diskutieren kann. Ja, selbstverständlich geht es nicht darum, sämtliche VDI-, DIN-Normen usw. abzuschaffen. Da gibt es natürlich auch viele, die ihren Grund haben. Denken wir zum Beispiel einmal an das Thema Brandschutz. Das ist ein sehr schwieriges Thema, wenngleich übrigens auch ein wichtiges Thema, bei dem wir zu Vereinfachungen kommen müssen, und das bei Gewährung eines hundertprozentigen Brandschutzes. Ich sehe Zustimmung auch bei den FREIEN WÄHLERN. Das ist schon so.

Wir können also nicht alle Normen abschaffen. 4.600 Normen ist die Zahl, die mir einmal genannt wurde. Ich habe sie jetzt nicht persönlich überprüft. Aber es sind wohl 4.600 Normen, die durch unbestimmte Rechtsbegriffe Rechtswirklichkeit werden. Da widerstrebt mir als Parlamentarier einfach der Umstand, dass hier Normen geschaffen werden, die von den Rechtsanwendern in Deutschland verfolgt werden, ohne dass ein Parlament, das demokratisch legitimiert ist, sie geschaffen hätte. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Jetzt hat Kollege Johannes Becher für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort und kann all seine Fragen unterbringen.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Kollege Schmid! Heute geht es um das Vierte Modernisierungsgesetz. Eine Entlastung bei den Berichtspflichten für Unternehmen, Kommunen und Vereine befindet sich darin nicht. Das ist Fehlanzeige. Die Staatsregierung entlastet ausschließlich sich selbst. Das ist Inhalt dieses Gesetzes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich die Ausführungen von Herrn Dr. Herrmann richtig interpretiere, sagt er: Wir machen uns keine Gedanken über die Ziele, die man mit den Berichten verfolgt, sondern wir schaffen sie einfach alle ab. – Dann sage ich weiter: Wenn man alle abgeschafft hat, braucht man sich auch keine Gedanken mehr über den Sinn zu machen. So einfach ist es dann. Aber Vertrauen, meine Damen und Herren, entsteht doch nicht durch weniger Transparenz. Vertrauen entsteht durch mehr Transparenz. Das benötigen wir zwingend.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Becher, ich bin nicht schwerhörig! Vielleicht geht es etwas leiser! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da schwindet der Sinn, so ein Irrsinn!)

– Na ja, wie irrsinnig. – Es muss doch nicht so bleiben, wie es ist. Gibt es keine Alternative dazu? In keinem bayerischen Gesetz steht, dass ein Bericht aufwendig sein muss. Das steht nirgends. Man könnte mit einer vernünftigen Digitalisierung der Verwaltung und dem Einsatz von KI viele Informationen in Echtzeit ohne großen Personalaufwand zur Verfügung stellen. Könnte! Das können nämlich andere Länder, aber Bayern ist im Vergleich zu Skandinavien leider ein digitales Entwicklungsland. Das ist das wahre Bürokratieproblem in Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann schaue ich mir an: Was wird denn abgeschafft? – Der Landeselternbeirat darf nicht mehr regelmäßig berichten. Er hat noch nie berichtet.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er darf berichten!)

Der Bericht über das Lobbyregister wird abgeschafft. Das Lobbyregister haben wir mal wegen der CSU-Maskenaffäre geschaffen. Der regelmäßige Bericht wird eingestellt.

Im Gleichstellungsbericht geht es um die berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen, von 350.000 Bediensteten. Er beschäftigt sich mit Fragen wie: Wie viele Frauen haben wir im öffentlichen Dienst? Wie viele davon sind in Führungspositionen? Haben wir das Ziel nur in der Verfassung, oder leben wir es eigentlich? – Jetzt sagt man: Wir haben so wenig Fortschritte bei dem Thema Gleichstellung; da ist es vielleicht besser, wenn wir nicht mehr darüber reden. Wenn es eine Software gäbe, müsste man das eigentlich sowieso auf Knopfdruck haben. Mir kommt es ein bisschen vor wie der schlechte Schüler, der das Zeugnis abschafft und ganz laut plärrt: Entbürokratisierung! – Das ist Flucht vor der Wahrheit, meine Damen und Herren, und nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Martin Wagle (CSU))

Dann wird noch der Klimabericht gestrichen. Die Klimakrise geht ungebremsst weiter, und man stellt sich die Frage: Macht die Staatsregierung genug? Sind die Maßnahmen wirksam? – Die Fragen kann man sich doch stellen. Die Universität Augsburg hat über drei Jahre ein Indikatorensystem für das Klimaschutzprogramm entwickelt. Also ein Hoch auf die Wissenschaft! Und was macht die Staatsregierung? – Die Staatsregierung hat dieses Projekt jetzt vorzeitig und einseitig abgebrochen. Somit wissen wir nicht, ob die Maßnahmen wirksam sind. Die Abschaffung des Klimaberichts ist nichts anderes als der Versuch, sich aus der politischen Verantwortung zu stehlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Weitere Änderungen: Wir hatten ja Bürgerbegehren. Bürgerbegehren sind uns doch sehr wichtig, oder? – Wir wollen sie einhalten. Es gab auch ein Volksbegehren, und zwar das Volksbegehren "Rettet die Bienen". 1,7 Millionen Menschen haben unterschrieben. Darin steht unter anderem, was man mit dem Thema Biotopverbund machen muss. Jetzt sagt man: Wir stellen keine Informationen mehr zur Verfügung; das ist uns zu aufwendig. – Es waren 1,7 Millionen Leute. Ich finde, der Wille des Volkes darf uns nicht zu aufwendig sein. Lasst uns konsequent automatisieren und digitalisieren; dann sind alle Informationen einfach verfügbar. Das muss das oberste Ziel sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen das, wir brauchen das. Wir brauchen Qualitätssicherung. Wir brauchen moderne, unbürokratische Informationen, und wir brauchen Transparenz; denn das schafft letztlich Vertrauen.

In diesem Gesetzentwurf werden 74 Gesetze geändert. Auf alle einzugehen, ist in 5 Minuten schwierig. Ich möchte nur noch kurz darauf eingehen: Über das Landesplanungsgesetz werden wir viel diskutieren müssen, weil da die Zielverbindlichkeit der Landesplanung aufgeweicht und der Landesplanungsbeirat vom Parlament Richtung Ministerium verschoben werden soll und Beteiligungsfristen massiv verkürzt werden sollen. Ich bin für Beschleunigung, aber die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Verbände muss schon noch funktionieren. Ich verweise auf die Stellungnahme des Bayerischen Bauernverbands.

Fragen ergeben sich sicherlich auch aus dem Punkt "Stand der Technik". Ja, die DIN-Norm ist kein Naturgesetz, und manchmal muss auch ein guter Standard gut genug sein. Die Frage ist jetzt: Was ist gut genug? Wie kommen wir dazu? Wie kriegen wir da Sicherheit in das System? – Wenn man die Stellungnahme vom Bayerischen Roten

Kreuz liest, sieht man schon, wie die Diskussionen in der Praxis vor Ort sind. Es hilft nichts, irgendwelche Gesetze zu beschließen, die dann nicht praxistauglich sind.

Jetzt habe ich noch ein Letztes: Die Leistungsprämie für herausragende Beamtinnen und Beamte wird mit diesem Gesetz gestrichen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich liebe herausragende Beamtinnen und Beamte. Ich weiß nicht, warum man diese Leistungsprämie streicht. Mit Entbürokratisierung hat es jedenfalls sicher nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Markus Saller (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man merkt schon, dass mit jedem Modernisierungsgesetz die Stimmung etwas aufgeheizter wird, und es kommt so ein bisschen mehr Emotion in die ganze Geschichte. Warum? – Weil Bürokratieabbau bei vielen eben nur eine Worthülse ist. Wir legen jetzt tatsächlich die Axt an und arbeiten. Das zeigt uns jetzt, dass wir mit der Regierungsarbeit hier auf dem richtigen Weg sind. Bürokratieabbau bedeutet eben nicht nur Diskussion, sondern heißt Regierungsarbeit Tag für Tag. Wir schauen uns die Gesetze an und machen sie besser.

Wir sind doch alle beieinander: Natürlich müssen wir digitalisieren. Aber das ist ja Konsens.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das wird doch nicht gemacht!)

– Doch, es wird gemacht, Herr Becher. – Der Freistaat Bayern ist mittlerweile das ausgesuchte Land im Bund, in dem die Digitalisierung am meisten weitergetrieben wird und voranschreitet. Diese Dinge lösen Sie nicht von heute auf morgen. Aber wichtig ist doch jetzt erst einmal, dass wir unsere Gesetze anschauen und sie entsprechend entstauben.

Wir haben es immer wieder gelernt: Wir brauchen Entlastung statt Misstrauen. Wir müssen wieder Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger geben, aber auch Vertrauen in unsere Verwaltung.

(Florian von Brunn (SPD): Das machen Sie ja gerade nicht!)

– Das machen wir schon, Herr von Brunn. Quatschen Sie nicht so viel dazwischen.

(Zurufe von der CSU und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dieses Vierte Modernisierungsgesetz zeigt aus meiner Sicht, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr vertrauen. Wir wollen sie nicht mit Formularen überziehen. Sehr viele der überflüssigen Berichts- und Evaluationspflichten kommen, was Unternehmen betrifft, vom Bund. Soweit wir hier im Land Berichtspflichten streichen können, werden wir das auch tun.

Ich möchte es noch einmal klarstellen: Wir wollen keine Berichte an sich streichen, sondern wir wollen die Verpflichtung streichen. Das heißt nicht, dass Berichte nicht angefordert werden können. Das heißt nicht, dass Berichte nicht freiwillig erstellt werden können, und das heißt auch nicht, dass irgendwelche Informationen für die Opposition verloren gehen werden. Nein, das ist nicht der Fall. Aber generell Verpflichtungen vorzuschreiben, ist aus unserer Sicht nicht der richtige Weg.

Im Bauordnungsrecht, um jetzt einmal ein bisschen ins Inhaltliche zu gehen, schaffen wir Ordnung.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die sogenannte kleine Delegation, also die geteilte Zuständigkeit zwischen Gemeinden und Landratsämtern, war aus meiner Sicht ein Paradebeispiel für Doppelarbeit. Zwei Behörden, ein Verfahren, doppelte Bürokratie: Das wird beendet. Damit wird auch die Genehmigungspraxis schneller, klarer und bürgernäher. Genau das ist

Verwaltung, wie wir FREIE WÄHLER – ich denke auch der Koalitionspartner – sie verstehen.

Wir schaffen im Gesundheitsbereich die längst überholte Impfbuchkontrolle bei Schuluntersuchungen ab. Auch das ist kein Rückschritt in der Prävention, nein, es ist ein Fortschritt in der Realität. Wir setzen auf digitale Aufklärung, Eigenverantwortung und gesunden Menschenverstand statt auf Papierakten und Stempel.

Wir beschleunigen die Verfahren im Bereich Landesplanung und Raumordnung – das ist schon angesprochen worden. Wir vereinfachen Beteiligungen und ermöglichen digitale Stellungnahmen. Das heißt, schnellere Planungsverfahren, weniger Papier, mehr Rechtssicherheit für Investoren und Kommunen und am Ende mehr Tempo für unser Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Wir wissen schon, dass Sie sehr schnell sind mit Ihrem Ruf nach Mehr und mehr Beteiligung. Aber Beteiligung an sich darf nicht Stillstand bedeuten, sondern wir müssen schauen, dass wir in diesem Land vorwärtskommen.

Andere reden vom Bürokratieabbau, aber wir im Freistaat Bayern, meine Damen und Herren, wir machen ihn. Während man auf Bundesebene immer neue Dokumentationspflichten beschließt, gehen wir in Bayern einen anderen Weg. Wir prüfen nicht, ob Bürokratie abgebaut werden kann, sondern wir nehmen entsprechende Handlungen vor, wo dies möglich ist. Wir sind schon heute dabei, Bürokratie abzubauen.

Dieses Gesetz trägt aus unserer Sicht die klare Handschrift der Koalition: Pragmatismus, Bürgernähe und Gestaltungswille. Wir haben immer gesagt, wir wollen keine Verwaltung, die sich selbst verwaltet, sondern eine Verwaltung, die den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern dient. Genau dafür steht auch das Vierte Modernisierungsgesetz: für klare Zuständigkeiten, für digitale Verfahren, für eine echte Entlastung von Kommunen, Wirtschaft und Bürgern. Deshalb sage ich ganz offen: Das ist ein

weiterer Schritt in die richtige Richtung. Das Gesetz ist ein Erfolg, den wir uns auf die Fahnen schreiben können.

Meine Damen und Herren, Bayern hat den Mut, Vorschriften zu streichen. Bayern hat den Mut, Verantwortung zu übertragen, und Bayern hat den Mut, Verwaltung so zu denken, dass sie den Menschen dient und nicht umgekehrt. In diesem Sinne bleibt Bayern Vorreiter und ist deswegen zu Recht als Modellbundesland für die weitere Verwaltungsdigitalisierung ausgewählt worden. Wir handeln, während andere noch Anträge schreiben. – In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege Saller, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst der Kollege Franz Bergmüller.

**Franz Bergmüller (AfD):** Lieber Kollege Markus Saller, Sie waren in Ihrem ersten Leben Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft oder Handwerkskammer – irgend so etwas. Genau weiß ich das jetzt gerade nicht. Halten Sie die Entbürokratisierung in Betrieben für ausreichend? Sehen Sie eine Maßnahme, die vom Vierten Modernisierungsgesetz auf Betriebe ausstrahlen wird? Ich stelle noch einmal die Frage, die vorher der Kollege von der CSU unbeantwortet gelassen hat: Wie würden Sie das heute beurteilen? In der letzten Legislaturperiode haben wir vorgeschlagen, dass Bürokratisierungspflichten und Statistikpflichten probeweise für ein Jahr für Betriebe bis zu 20 Mitarbeiter ausgesetzt werden.

**Markus Saller (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Bergmüller, ich habe schon mehrere Jobs gehabt und nicht nur den als Geschäftsführer einer Kreishandwerkerschaft. Ich war vor dieser Tätigkeit fast zehn Jahre Leiter der Rechtsabteilung der Verbraucherzentrale Bayern. Was ich im europäischen Verbraucherschutz erlebt habe, ist ein Beispiel dafür, wie Bürokratisierung eigentlich nicht sein soll. Wenn ich heute eine normale private Haftpflichtversicherung abschließe und dann ein 40-seitiges Gebinde

in die Hand bekomme mit Informationen, damit ich als Verbraucher gut aufgeklärt bin, dann ist das genau ein Beispiel dafür, wie Bürokratie nicht funktioniert.

Zur Abschaffung von Pflichten: Ja, wenn wir sie im Land regeln können, können wir uns gerne darüber unterhalten, wie wir das machen können. Ich habe aber vorher bereits darauf hingewiesen, dass ganz viele Pflichten vom Bund und von Europa kommen; die können wir in Bayern nicht einfach abschaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Johannes Becher.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Geschätzter Kollege Saller, wir waren zweimal dieses Jahr auf Reisen. Zuerst waren wir in Schweden und dann in Dänemark. Ich glaube, bei nüchterner Betrachtung haben wir beiden den weiten Abstand zwischen diesen Ländern und uns gesehen.

Ich habe noch eine Frage bezüglich der FREIEN WÄHLER in der Regierung: Ist es wirklich so, dass es nur noch die Wahl gibt zwischen kompliziertem Bericht und überhaupt keinem Bericht? Müssen wir nicht eigentlich viel mehr sagen, wir wollen, dass diese Berichte in Echtzeit automatisiert und digital gegeben werden, anstatt diese Berichte ritualisiert abzuschaffen? Man soll die Berichte so reformieren, dass wir ein modernes Berichtswesen haben. Das würde ich mir von euch wünschen, weil ich glaube, dass ihr das könnt. Dazu hätte ich noch ein paar Takte gehört.

**Markus Saller (FREIE WÄHLER):** Punkt eins: Ja, wir waren zusammen auf Reisen, und das war immer sehr nett und sehr sympathisch. Wir können diese Digitalisierung aufholen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir nicht zu spät dran sind. Wir können das aufholen, was andere schon seit 20 Jahren machen. Das ist mein fester Glaube. Das ist der erste Punkt.

Punkt zwei: Das Berichtswesen. Sie müssen zwischen Berichtswesen und Berichtspflichten unterscheiden. Jetzt sagen Sie es richtig. Wir reden von Berichtspflichten. Ein Berichtswesen wird man immer brauchen. Das möchte ich auch überhaupt nicht kritisieren. Man muss sich halt den jeweiligen Bereich genau anschauen. Aber es ist aus meiner Sicht falsch, von vornherein eine Verpflichtung reinzusetzen. Die Frage, wie wir das künftig regeln, können wir beantworten, und dafür sind wir in diesem Parlament zusammen.

Punkt drei: die Frage bezogen auf die FREIEN WÄHLER. Ich weiß schon, dass Sie mit uns immer nichts anfangen können. Wir sind für Sie so wie ein Leberkäs, den man nicht an die Wand nageln kann, weil der zu Boden fällt. Aber genau das unterscheidet uns im Prinzip von allen anderen Parteien, die im Bayerischen Landtag sind. Wir sind eine echte Bottom-up-Bewegung und keine Top-down-Fraktion. In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Florian von Brunn. Bitte schön.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ich muss leider schon in der Ersten Lesung sehr deutlich werden, weil mich dieses Gesetz wütend macht. Was uns die Regierung Söder heute als Modernisierung und Bürokratieabbau verkaufen will, hat damit gar nichts zu tun. Das ist ein Gesetz, mit dem Sie demokratische Kontrolle abbauen, Lobby- und Profitinteressen bedienen, aber nicht den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns helfen wollen.

(Michael Hofmann (CSU): Mit den Klassenkampfparolen kommen Sie nicht über 5 %! Ich weiß schon, warum Sie kein Fraktionsvorsitzender mehr sind! Ihre eigene Fraktion spielt doch da schon lange nicht mehr mit!)

Es ist ein Gesetz, mit dem Sie dem Klimaschutz und der Gleichstellung von Frauen schaden. Sie wollen weniger lästige Diskussionen im Landtag, noch weniger Transparenz für das Parlament und die Öffentlichkeit. Es ist ein Gesetz, damit Sie besser durchregieren können. Es ist ein Gesetz, mit dem Sie die Kontrolle Ihrer Politik reduzieren und einschränken wollen.

Sie wollen den Klimaschutzbericht abschaffen, den Bericht zur Lage der Natur in Bayern, den Gleichstellungsbericht, den Psychiatriebericht, den Lobbyregisterbericht. Statt fundierter Berichte und Informationen gibt es dann in Zukunft offensichtlich mehr Bratwurstvideos des Ministerpräsidenten auf TikTok.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Diese Berichte sind eine Grundlage für gute Politik. Sie sind der Maßstab, an dem Sie sich im Landtag und in der Öffentlichkeit messen lassen müssen. Aber dass Ihnen das Parlament nicht wichtig ist, das merken wir auch daran, wie selten der Ministerpräsident sich hier überhaupt sehen lässt.

(Michael Hofmann (CSU): Bei der Rede wundert es mich nicht, dass er nicht da ist!)

Es ist Ihnen offenbar auch egal, dass der Klimaschutz im Grundgesetz steht und durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021 noch einmal gestärkt worden ist. Offenbar wollen Sie, dass man Ihnen beim Thema Klimaschutz nicht auf die Finger schaut. Warum? – Weil Sie viel zu wenig erreicht haben. Das zeigt noch einmal: Gute Klimaschutzpolitik geht eben nicht ohne gute Daten.

(Widerspruch bei der CSU)

Der Zustand der Natur in Bayern ist Ihnen auch lästig, obwohl der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ein Staatsziel in der Bayerischen Verfassung ist. Die Umweltverbände sagen zu Recht, dass dieser Bericht ein Fieberthermometer für den Zustand unserer bayerischen Natur ist. Sie wollen den Bericht canceln, obwohl sich das Volks-

begehren "Rettet die Bienen" durchgesetzt hat. Dieses demokratische Volksbegehren, das der Ministerpräsident selbst umsetzen wollte, treten Sie jetzt mit den Füßen.

Sie wollen den Gleichstellungsbericht abschaffen, obwohl die Gleichstellung im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung verankert ist. Das Thema Gleichstellung von Frauen ist Herrn Söder und Herrn Aiwanger offensichtlich lästig. Wissen Sie was? – Das merkt man Ihnen auch jeden Tag an.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihr Gesetzentwurf ist auch ein Angriff auf die Landesplanung, auf die Leitplanken für eine gute Landesentwicklung, Landschaft und Natur in Bayern. Sie wollen diese Leitplanken durchlöchern durch Lockerungen, zum Beispiel bei der sogenannten Zielabweichung. Zugleich wollen Sie verhindern, dass die Zivilgesellschaft, die Umweltverbände, unabhängige Expertinnen und Experten, sogar Städte und Gemeinden zu viel mitreden und mitentscheiden. Statt demokratischer Transparenz und Mitsprache wollen Sie einfach durchregieren.

Wir haben am Riedberger Horn im Oberallgäu gesehen, was das heißt, wenn Sie die Landesplanung und den Alpenschutz angreifen. Sie haben nichts dazugelernt. Aber es geht noch schlimmer: Wissen Sie, was besonders entlarvend ist? – 163 Millionen Euro Verlust bei der Bayerischen Versorgungskammer, und Ihre Reaktion: Sie schaffen die Berichtspflicht ab. Sie beseitigen die Spuren Ihres Aufsichtsversagens. Der Innenminister muss dann nicht mehr erklären, wenn wieder Hunderte Millionen Euro Altersvorsorge vernichtet werden. Das nennen Sie Modernisierung. Ich nenne das Verantwortungsflucht per Gesetz. Einem solchen Gesetz können wir in dieser Form sicher nicht zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Das Protokoll vermerkt: Enthusiastischer Applaus!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.